

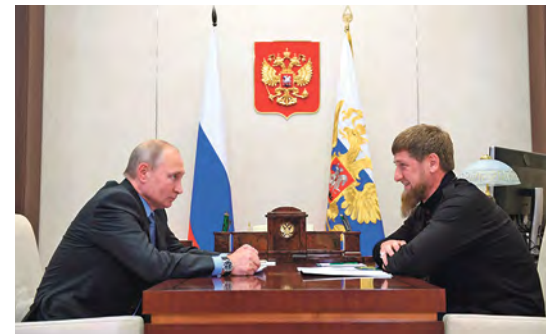
RELIGION & GESELLSCHAFT

IN OST UND WEST

Nordkaukasus

Eine gezähmte Krisenregion?

Tschetschenien unter Ramsan Kadyrov



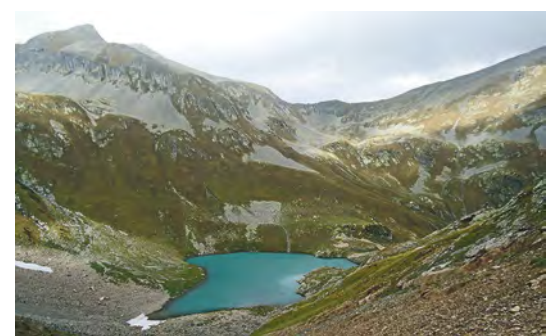
9

Frauenrechte im Nordkaukasus



23

Das Weltnaturerbe „Westkaukasus“
in Gefahr



26

INHALT

IM FOKUS

- 3 Beate Eschment
Das Ende der Ära Nasarbajev in Kasachstan: Planerfüllung um jeden Preis?

NACHRUUF

- 4 **In memoriam Gerd Stricker (1941–2019)**

NORDKAUKASUS

- 5 Jeronim Perović
Vertreibung, Trauma, Krieg: Tschetscheniens schwierige Vergangenheit

- 9 Ekaterina Sokirianskaia
Tschetschenien unter Ramsan Kadyrov

- 13 Ian Lanzillotti
Frieden dank erfolgreicher Reintegration: Kabardino-Balkarien

- 16 Cécile Druey
Inguschetiens beharrlicher Kampf ums Überleben

- 18 Sufian N. Zhemukhov
Radikaler Islam im Nordkaukasus

- 20 Roman Lunkin
Die neue Christianisierung des Nordkaukasus

- 23 Svetlana Anokhina
Frauenrechte im Nordkaukasus

- 26 Julija Nabereshnaja
Das Weltnaturerbe „Westkaukasus“ in Gefahr

BUCHBESPRECHUNGEN

- 29 Marie-Carin von Gumpfenberg, Udo Steinbach (Hg.)
Der Kaukasus

Kevork Oskanian, Derek Averre (eds.)
Security, Society and the State in the Caucasus

PROJEKTBERICHT

- 30 Regula Spalinger, Olga Alexejeva, Alexander Gorbatschov und Alexander Peredruk
Schwierige Menschenrechtsarbeit: „Soldatenmütter von St. Petersburg“

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Liebe Leserin
Lieber Leser

„Der Kaukasus ist kein Ballast, sondern eine Perle Russlands“, bekräftigte Vladimir Putin, damals Ministerpräsident Russlands, in einer Diskussionsrunde mit Jugendlichen in Stavropol im Jahr 2011. Dabei betonte er das menschliche Potential, die vielschichtige Kultur und die geopolitische Bedeutung der Region. Der Zweite Tschetschenienkrieg wurde offiziell zwar vor zehn Jahren, im April 2009, beendet. Doch der Nordkaukasus gilt nach wie vor als einer der größten Unruheherde im postsowjetischen Raum. Korruption im Staatsapparat, Klientelpolitik, Clan-Wesen und systematische Menschenrechtsverletzungen konzentrieren sich hier stärker als in anderen Teilen Russlands. Der Nordkaukasus ist der achte und jüngste Föderationskreis Russlands. Er wurde Anfang 2010 aus dem Föderationskreis Südrussland ausgegliedert, um eine gezielte Entwicklungsstrategie für die krisengeschüttelte Region zu ermöglichen. Ihr widmen wir in Zusammenarbeit mit dem Center for Eastern European Studies (CEES) der Universität Zürich die vorliegende Ausgabe.

Zum Föderationskreis Nordkaukasus zählen die Republiken Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien, Nordossetien-Alanien, Tschetschenien und die Region Stavropol. Nicht dazu gehört die westlich angrenzende Region Krasnodar, die mit der „Riviera Russlands“ am Schwarzen Meer und Kurorten wie Sotschi zu den bestentwickelten Regionen Russlands zählt. Der Nordkaukasus hingegen ist trotz einer Beruhigung im letzten Jahrzehnt ein Sorgenkind Russlands geblieben. Erst im Februar hat der Oppositionspolitiker Alexej Navalnyj ein Enthüllungsvideo über das Machtgefüge der Clans in Karatschai-Tscherkessien veröffentlicht und damit den Eindruck untermauert, dass der Nordkaukasus nach eigenen Regeln funktioniert und die föderale Regierung nicht hinschauen will oder kann. Das gilt besonders für Tschetschenien, dessen Präsident Ramsan Kadyrov heute präzedenzlose Autonomie genießt, wie Ekaterina Sokirianskaia in dieser Ausgabe beschreibt. Obwohl die Region seit zehn Jahren als „befriedet“ gilt, bleibt Gewalt ein verbreitetes Phänomen. Die Gefahr, die von radikalislamistischen Gruppierungen für die Stabilität der Region ausgeht, beschreibt Sufian N. Zhemukhov in seinem Beitrag. Cécile Druey erklärt, warum die Inguschen seit letztem Herbst gegen einen „Landtausch“ zugunsten Tschetscheniens demonstrieren. Es ist nicht der einzige strittige Territorialkonflikt im Nordkaukasus.

Die Region ist durch ein vielfältiges historisches und religiöses Erbe geprägt. Inguschen, Tschetschenen, Karatschaier und Balkaren teilen zudem das Trauma der Deportation 1943/44 nach Zentralasien. Diese Erfahrung und die Rückkehr ab 1957 haben die Völker unterschiedlich verarbeitet, wie Jeronim Perović und Ian Lanzillotti aufzeigen. Neben erstarkenden muslimischen Traditionen und Bewegungen sind im Nordkaukasus seit der Wende auch die Russische Orthodoxe Kirche und evangelische Freikirchen aktiv. Was Frauenrechte betrifft, beobachtet Svetlana Anokhina eine zunehmend konservative Haltung. Eine wahre Perle Russlands ist das Weltnaturerbe „Westkaukasus“, das allerdings aufgrund des Ausbaus der Tourismusinfrastruktur gefährdet ist.

An dieser Stelle ein Hinweis in eigener Sache: Wir trauern um Gerd Stricker, den langjährigen ehemaligen Chefredakteur dieser Zeitschrift, der am 21. Mai 2019 verstorben ist. Einen Nachruf finden Sie auf S. 4 dieser Ausgabe.

Jeronim Perović
Center for Eastern European Studies

Regula Zwahlen
Redakteurin RGOW

Jeronim Perović

Vertreibung, Trauma, Krieg: Tschetscheniens schwierige Vergangenheit

Die Deportation im Zweiten Weltkrieg prägte sich als großes Trauma in das kollektive Gedächtnis der Tschetschenen ein. Nach ihrer Rückkehr in den Kaukasus verunmöglichten schwierige Lebensbedingungen und das Tabuisieren des Geschehenen von offizieller Seite eine Aussöhnung mit Moskau. Das Narrativ eines russisch-tschetschenischen Dauerkonflikts trug schließlich in den frühen 1990er Jahren zur mentalen Vorbereitung der Kriege bei. – N. Z.

Am 26. Juni 1946 erfuhren die Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion aus der Tageszeitung *Izvestija*, dass der Oberste Rat der Russländischen Sowjetischen Föderativen Republik (RSFSR) beschlossen hatte, die autonome Republik der Tschetschenen und Inguschen aufzulösen und die Tschetschenen „in andere Rajons der UdSSR“ umzusiedeln. Zusammen mit den Tschetschenen wurden auch die Krimtataren exiliert. Der Oberste Rat der RSFSR machte ihnen zum Vorwurf, dass sich Angehörige der beiden Völker im „Großen Vaterländischen Krieg“ mit den Deutschen verbündet und dem bewaffneten Kampf gegen das Sowjetregime angeschlossen hätten. Dabei hätte sich die „überwiegende Masse der Bevölkerung“ in Tschetscheno-Inguschetien und auf der Krim den „Landesverrätern“ nicht widersetzt.¹

Tatsächlich waren zum Zeitpunkt der Publikation des *Izvestija*-Artikels bereits mehr als zwei Jahre seit der Deportation dieser beiden Völker vergangen. Doch nicht nur sie, sondern noch weitere Volksgruppen, darunter im Nordkaukasus die mit den Tschetschenen ethnisch verwandten Inguschen und die zahlenmäßig kleinen Völker der Balkaren und Karatschajer, wurden zu „Feindesnationen“ erklärt. Zwischen Herbst 1943 und Frühjahr 1944 wurden über 600 000 Nordkaukasier wie Vieh in Bahnwaggons verfrachtet und nach Zentralasien deportiert. Mehrere zehntausend Menschen starben auf der Reise und in den ersten Jahren des Exils. Erst 1956, unter Parteisekretär Nikita Chruschtschow, wurden diese Völker rehabilitiert und ab 1957 wurde ihnen auch die Rückkehr erlaubt. Die Krimtataren durften allerdings erst Ende der 1980er Jahre zurückkehren.

Kein anderes Ereignis hat sich derart traumatisch ins kollektive Gedächtnis der Menschen im Nordkaukasus eingebrannt wie die gewaltsamen Vertreibungen im Zweiten Weltkrieg. Im Fall der Tschetschenen sollte es der schwierige Umgang mit dieser Erinnerung sein, der den Entwicklungsweg dieses Volkes nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion maßgeblich bestimmte, um schließlich in die Tragödie der russisch-tschetschenischen Sezessionskriege der 1990er Jahre und 2000er Jahre zu münden.²

Gescheiterte Umerziehung im Exil

Angesichts der hohen Opferzahlen trug die Deportation genozidalen Charakter. Ziel der Operation war jedoch nicht die physische Vernichtung von Menschen, sondern deren Umerziehung. Im Verständnis der sowjetischen Machthaber sollte die Entwurzelung ganzer Völker deren als rückständig erachtete Traditionen und Lebensweisen ausmerzen und neue Loyalitäten schaffen. Um soziale Bindungen zu zerschlagen, wurden die

„Sondersiedler“, wie sie im Jargon des sowjetischen Innenministeriums genannt wurden, im fernen Zentralasien in kleinen Gruppen über große Territorien verstreut angesiedelt. Dabei durften sich die Sondersiedler nicht mehr als drei Kilometer von ihrem Wohnort entfernen. Vergehen wurden streng bestraft.

Die Menschen sollten zur Anpassung gezwungen werden. Nur wenn sie ihrer Arbeit in den staatlichen Landwirtschafts- und Industriebetrieben nachkamen, erhielten sie auch ausreichende Nahrungsrationen zugesprochen. Die ersten Jahre im Exil brachten unsägliches Leid. Krankheiten und Hunger rafften Tausende dahin. Erst ab 1949/50 begann sich die Situation zu stabilisieren. Die Menschen halfen sich nach Möglichkeit untereinander und auch zur ansässigen kasachischen und kirgisischen Bevölkerung (nicht aber zu den russischen Bewohnern) entwickelten die Sondersiedler ein gutes Verhältnis.

Die Jahre im Exil veränderten die Menschen. Erstmals kam der größte Teil der tschetschenischen Kinder in den Genuss einer weltlichen Ausbildung und erlernte die russische Sprache, welche die meisten vorher nicht kannten. Männer und Frauen arbeiteten in staatlichen Betrieben und wurden mit modernen Techniken der Landwirtschaft und den Arbeitsmechanismen in der Industrie vertraut gemacht. Gleichzeitig erfuhr im Leben fern der Heimat jedoch das Bewusstsein um die Volkszugehörigkeit eine Stärkung. Im Kreis der Familie versuchten die Menschen ihre Traditionen und die islamische Religion zu bewahren. Dagegen wuchsen Misstrauen und Ablehnung gegenüber Russland und dem sowjetischen Staat, dem die Menschen die Schuld an ihrer Situation zuschrieben.³

Problematische Rückkehr

Als in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre die Nordkaukasier in Massen in ihre Heimat zurückkehrten, manifestierte sich dies auch in zum Teil heftigen ethnischen Auseinandersetzungen. So kam es namentlich in der Stadt Grosny wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Tschetschenen und der städtischen, vorwiegend russischen Bevölkerung. Bis Anfang der 1960er Jahre stabilisierte sich die Situation jedoch weitgehend. Insgesamt erlebte die Region einen Aufschwung, der sich äußerlich auch in einer regen Bautätigkeit in Städten wie Grosny, in einer verstärkten Industrialisierung und in der Modernisierung der Infrastruktur bemerkbar machte.⁴

Dass sich eine gewisse Normalität im Leben der Menschen einstellte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem Tschetschenen gegenüber der russischen Bevölkerung stark



Administrative Gliederung des Nordkaukasus 1944–1956 während der Deportation der nordkaukasischen Völker: Die Tschetscheno-Inguschische ASSR und das Karatschaier Autonome Gebiet wurden aufgelöst. Die Kabardino-Balkarische ASSR wurde in Kabardinische ASSR umbenannt.

diskriminiert blieben: Tschetschenen und Inguschen stellten zwar die Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Republik, nach wie vor waren es aber die Russen, welche die höheren Ämter im Regierungs- und Parteiparat besetzten und die führenden Positionen in der Wirtschaft und den Industriebetrieben einnahmen. Dagegen waren die Tschetschenen eher als Arbeiter und in der Landwirtschaft tätig, hatten niedere Beamtenfunktionen inne und lebten mehrheitlich in den weniger schmackhaften Außenbezirken der Stadt Grosny und in den Dörfern. Die Industrie um Grosny boomte, doch Tschetschenen waren dort kaum tätig. Dies hatte zur Folge, dass Zehntausende junger tschetschenischer Männer ohne Anstellung waren und in den 1970er und 1980er Jahren nach Moskau und in andere Städte abwanderten, um ein Auskommen zu finden. Manche schlossen sich kriminellen Banden an und verdienten ihr Geld mit illegalen Aktivitäten – und es sollte später namentlich diese Generation junger Männer sein, welche die Kerntruppe des bewaffneten Widerstands gegen Russland bildete.⁵

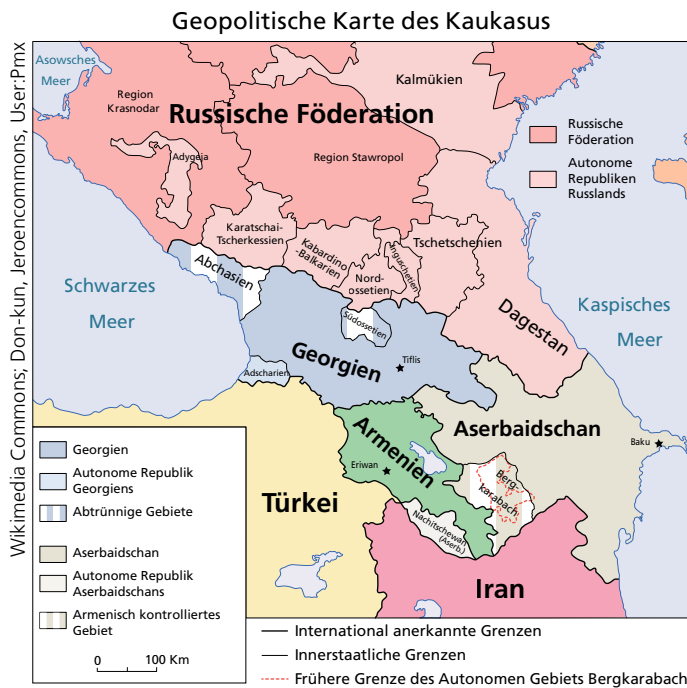
Verpasste Aussöhnung mit der Geschichte

Gerade in Städten wie Grosny hatten viele Tschetschenen das Gefühl, Menschen zweiter Klasse zu sein. Dabei wurde ihr Unmut noch dadurch verstärkt, dass während der gesamten späten Sowjetzeit über die Ungerechtigkeit, die ihnen durch die Deportation widerfahren war, nicht offen gesprochen werden durfte. Nicht nur wurde an dieses Ereignis mit keinen Gedenktafeln erinnert; auch existierte in der späten Sowjetzeit kein einziges Denkmal, das tschetschenischen oder inguschischen Helden der Revolution und des Bürgerkriegs (1917–1920) gewidmet war. Dagegen blieb die Statue General Jermolovs, der in den

Augen der Tschetschenen die Rücksichtslosigkeit des russischen Eroberungskrieges im 19. Jahrhundert verkörperte, weiterhin unangetastet in Grosny stehen.⁶

Bereits in der späten Sowjetzeit war es die offizielle Deutung der Geschichte, an der sich der Unmut der Tschetschenen entladen sollte. Als Anfang der 1980er Jahre in Grosny unter der Ägide des damaligen russischen Parteisekretärs Michail Suslov Feierlichkeiten stattfanden, um des 200-jährigen „friedlichen Anschlusses“ Tschetscheniens an Russland zu gedenken, reagierte eine Gruppe tschetschenischer Intellektueller mit Protest und verurteilte diesen Akt als Geschichtverfälschung. Dafür wurden einige von ihnen von der örtlichen Geheimpolizei verfolgt, mit Rede- und Publikationsverboten belegt und ihrer Ämter enthoben.⁷

Die Situation änderte sich erst mit den vom sowjetischen Parteisekretär Michail Gorbatschow eingeleiteten Liberalisierungsmaßnahmen. Am 14. November 1989 erklärte der Oberste Rat der UdSSR die gewaltsamen Vertreibungen der „Balkaren, Inguschen, Kalmyken, Karatschaier, Krimtataren, Deutschen, meschetinischen Türken und Tschetschenen“ als „illegalen und kriminellen“ Akt des „barbarischen“ stalinistischen Regimes.⁸ Der Oberste Rat der RSFSR nannte in einem Gesetzesbeschluss vom 26. April 1991 die Vertreibungen eine „Politik der Verleumdung und des Genozids“.⁹ Auch Zeitungsartikel setzten sich ab den späten 1980er Jahren immer offener mit den Verbrechen Stalins auseinander und 1990 publizierte eine sowjetische Fachzeitschrift erstmals einen Aufsatz, der sich kritisch mit der Geschichte der Deportation gestützt auf sowjetische Geheimdienst-Akten auseinandersetzte.¹⁰



Die von Stalin unterdrückten Nordkaukasusvölker erhielten Anfang der 1990er Jahre Mittel aus der föderalen Staatskasse zugesprochen, um Denkmäler zu errichten, die an die Opfer der Deportation erinnern sollten. Auch unterstützte Moskau die Produktion von Filmen und die Publikation von Sammelbänden, um Informationen zu diesem Ereignis zu verbreiten. In den betroffenen Republiken des Nordkaukasus fand diese neue Politik der Offenheit kräftigen Widerhall: In Tschetschenien wurde die Deportation nun schlagartig zu einem zentralen öffentlichen Thema, das in Erzählungen, aber auch musikalisch und in Gedichten verarbeitet wurde.¹¹

Zu jenem Zeitpunkt hätte durchaus die Chance für eine Aussöhnung mit Russland und der Geschichte bestanden. Dass von allen Völkern des Nordkaukasus einzig Tschetscheniens Weg 1994 in eine derart heftige direkte militärische Auseinandersetzung mit Russland münden sollte, war zum damaligen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Erkennbar war aber bereits in den späten 1980er Jahren, dass ein Teil der national orientierten tschetschenischen Elite eine konfrontative Haltung gegenüber Russland einnahm. Der 23. Februar, der Tag der Vertreibung, den die Führungen Tschetscheniens und Inguschetiens zum offiziellen Volkstrauertag erklärten, wurde von der nationalen Elite Tschetscheniens nicht als ein isoliertes Ereignis der Geschichte betrachtet, sondern in den größeren Zusammenhang eines seit Jahrhunderten währenden Konflikts mit Russland gestellt.

Dudajev und das Narrativ des Dauerkonflikts

Das Narrativ der langen Widerstandstradition lässt sich im Fall der Tschetschenen zwar schon vor der Deportation erkennen. Die These eines Dauerkonflikts in Form einer 300- oder gar 400-jährigen russisch-tschetschenischen Dauerkonfrontation war jedoch insofern neu, als erstmals radikal mit denjenigen historischen Erinnerungslinien gebrochen wurde, welche die tschetschenische Geschichte auch als Teil der russisch-imperialen und sowjetischen verstanden, indem manchmal nicht ohne einen gewissen Stolz auf die Verdienste tschetschenischer Offiziere in der Zarenarmee oder auf die bedeutende Rolle

von Tschetschenen für den Sieg der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg verwiesen worden war.

Zum lautstarken Führer der Unabhängigkeitsforderungen machte sich ab dem Frühjahr 1990 Dschochar Dudajev, ein ehemaliger Offizier der sowjetischen Luftstreitkräfte, der sich gewaltsam an die Macht putschte und im Oktober 1991 in umstrittenen Wahlen zum ersten Präsidenten der sogenannten „Tschetschenischen Republik Itschkerija“ gewählt wurde. Als das Parlament der Russländischen Föderation die Rechtmäßigkeit der Wahl Dudajevs anzweifelte, stellte dieser nicht nur die Jurisdiktion Russlands über Tschetschenien infrage, sondern verlangte als ersten Schritt die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen Russland und Tschetschenien, um den „300-jährigen Krieg zwischen dem Russländischen Imperium und dem tschetschenischen Volk“ zu beenden.¹²

Mit der Zunahme der Spannungen zwischen Russland und Tschetschenien verschärfte sich auch Dudajevs Rhetorik. Er bezeichnete die Deportation der Nordkaukasier als Akt eines Genozids, der 400 000 oder sogar 600 000 Menschenleben gefordert habe. Dabei stellte Dudajev diesen Akt in eine lange Liste von Verbrechen, die sich der russisch dominierte Staat nicht erst unter Stalin, sondern seit dem erstmaligen militärischen Auftreten Russlands im Nordkaukasus im 16. Jahrhundert zuschulden kommen gelassen habe. Die Loslösung Tschetscheniens von Russland war dieser Deutung entsprechend ein legitimer Befreiungsakt von einer als unrechtmäßig angesehenen „Okkupation“ Tschetscheniens, zunächst durch Russlands Militär in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, danach durch den „russländischen Bolschewismus“ im Jahr 1920.¹³

Die Tragödie der Tschetschenienkriege

In dieser aufgeheizten Atmosphäre erwies sich der Entscheid von Russlands Präsident Boris Jelzin, Tschetscheniens Streben nach Unabhängigkeit mit brachialer Militärgewalt zu unterbinden, als schwerwiegender Fehler. Denn als ob die damalige dominante tschetschenische Interpretation der Geschichte noch eine weitere Bestätigung gebraucht hätte, ordnete Moskau im Dezember 1994 die militärische Invasion an und ließ Zehntausende von Soldaten in die kleine Kaukasusrepublik einmarschieren.

Die beiden Kriege, die Russland zwischen 1994 und 1996 und erneut nach 1999 gegen Tschetschenien führte, forderten Zehntausende von Menschenleben und trieben Hunderttausende in die Flucht. Insbesondere im ersten Tschetschenienkrieg zerstörte die russische Armee gezielt Archive, Bibliotheken, Museen und Denkmäler. Besonders verheerend war die Zerstörung des tschetschenischen Nationalarchivs: 80 Prozent der darin aufbewahrten Dokumente, darunter auch die Aufzeichnungen der Deportierten, wurden infolge eines Angriffs der russischen Luftwaffe Opfer der Flammen.¹⁴

Aus der Sicht der Betroffenen war das rücksichtslose Vorgehen Russlands denn auch einzig vergleichbar mit dem Terror der Stalinzeit. Viele Tschetschenen sahen sich somit erst recht in ihrer Meinung bestärkt, dass ihre Unabhängigkeitsbestrebungen als Ausbruch des aufgestauten Zorns eines Volkes anzusehen waren, das „die Macht loswerden [wollte], die es jahrhundertlang drangsaliert, unterdrückt und beraubt hatte“, wie dies der tschetschenische Schriftsteller Sultan Jaschurkajev, der den ersten Tschetschenienkrieg in Grosny miterlebte, in seinen publizierten Erinnerungen zum Ausdruck bringt.¹⁵



Russische Truppen auf einer Bergstraße von Inguschetien nach Tschetschenien im zweiten Tschetschenienkrieg im Februar 2000.

Foto: Keystone

Macht der Mythen und die Geschichtsrevision Kadyrovs

Im Nordkaukasus blicken viele Völker auf eine Tradition des bewaffneten Widerstands gegen Russland zurück, und nicht nur die Tschetschenen haben während der Zaren- und Sowjetzeit traumatische Erfahrungen in Form von Kriegen und Zwangsumsiedlungen erlebt. Auch gab es im Nordkaukasus in den 1990er Jahren zahlreiche weitere ethnische Konflikte und Spannungen, die ohne das Vorhandensein bestimmter Geschichtsmythen nicht denkbar gewesen wären. Eine Voraussetzung dafür, dass es nur im Fall von Tschetschenien zu einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland kam, ist darin zu erkennen, dass ein großer Teil der tschetschenischen Bevölkerung bereit war, dem von charismatischen Führerfiguren wie Dudajev transportierten Mythos des Dauerkonflikts mit Russland eine derart große Symbolkraft zuzugestehen.

Gerade in Umbruchphasen sind Mythen umkämpft, sie werden für politische Zwecke manipuliert, mit neuen Deutungen versehen und verändern sich über die Zeit. Das zeigen auch die jüngsten Entwicklungen in Tschetschenien: Ramsan Kadyrov, der Tschetschenien seit 2007 mit eiserner Hand und mit finanzieller Unterstützung Russlands regiert, hat die Tragödie der Deportation nie verneint. Er vermeidet es aber, bei der Frage nach Schuld und Verantwortung konkrete Gründe oder Personen zu nennen. Am Gedenken an die Deportation hält zwar auch Kadyrov fest, doch ordnete er im Frühjahr 2011 kurzerhand an, das Datum vom 23. Februar auf den 10. Mai zu verschieben. Neu soll der Deportation im Rahmen eines allgemeinen „Tags der Erinnerung und der Scham der Völker Tschetscheniens“ gedacht werden. Erinnert werden soll an diesem Tag aber nicht nur an das Leid der Tschetschenen, sondern vor allem an Kadyrovs am 9. Mai 2004 ermordeten Vater, Achmat Hadschi Kadyrov. Weil dessen Tod mit dem nationalen Feiertag am 9. Mai, dem „Tag des Sieges über den Faschismus“ kollidiert, ordnete Ramsan an, den Gedenktag auf den 10. Mai zu verlegen.¹⁶

Mit seinem Entscheid knüpft Kadyrov an sowjetische Auffassungen von Völkerfreundschaft an, wie sie gegenwärtig auch von der Kremlführung zelebriert werden. Dies mag im Sinne des Strebens nach Stabilisierung der Beziehungen zwischen Tschetschenien und Russland bis zu einem gewissen

Grad verständlich erscheinen. Der Fall Tschetscheniens hat jedoch gezeigt, welch großes Konfliktpotenzial in solch politisch motivierten Auslegungen der Vergangenheit enthalten ist und wie wichtig eine fundierte historische Aufarbeitung der schwierigen tschetschenisch-russischen Geschichte wäre.

Anmerkungen

- 1) Izvestija, Nr. 149, 26.06.1946, S. 2.
- 2) Vgl. ausführlich Perović, Jeronim: *Der Nordkaukasus unter russischer Herrschaft. Geschichte einer Vielvölkerregion zwischen Rebellion und Anpassung*. Köln 2015, insbesondere S. 474–487.
- 3) *Zum Leben im Exil*: Pohl, Michaela: „It cannot be that our graves will be here“. *The Survival of Chechen and Ingush Deportees in Kazakhstan, 1944–1957*. In: *Journal of Genocide Research* 4, 3 (2002), S. 401–430; Brauer, Birgit: *Chechens and the Survival of their Cultural Identity in Exile*. In: *Journal of Genocide Research* 4, 3 (2002), S. 387–400.
- 4) Kozlov, V. A.: *Sindrom vozvraščeniija*. In: Kozlov, V. A. et al. (Hg.): *Vajnachi i impereskaja vlast'. Problema Čečni i Ingušetii vo vnutrennej politike Rossii i SSSR (načalo XIX–seredina XX v.)*. Moskva 2011, S. 837–862.
- 5) Tishkov, Valerii A.: *Chechnya. Life in a War-Torn Society*. Berkeley 2004, S. 41, 45.
- 6) Šnirel'man, V. A.: *Byt' alanami. Intellektualy i politika na Severnom Kavkaze v XX veke*. Moskva 2006, S. 318.
- 7) Dunlop, John B.: *Russia Confronts Chechnya. Roots of a Separatist Conflict*. Cambridge 1998, S. 82; Muzaev, Timur: *Čečenskaja Respublika Ičerija. Obščij obzor*. Moskva 1997; http://igpi.ru/monitoring/1047645476/oct_97/chechen.html.
- 8) Die Erklärung findet sich in: Bugaj, N. F. et al. (Hg.): *Reabilitacija narodov Rossii. Sbornik dokumentov*. Moskva 2000, S. 42.
- 9) Das Gesetz ist publiziert in: Ebd., S. 74–76.
- 10) Bugaj, N. F.: *Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov*. In: *Voprosy istorii* 7 (1990), S. 32–44.
- 11) Glyn Williams, Brian: *Commemorating „The Deportation“ in Post-Soviet Chechnya. The Role of Memorialization and Collective Memory in the 1994–1996 and 1999–2000 Russo-Chechen Wars*. In: *History and Memory* 12, 1 (2000), S. 101–134.
- 12) Zitiert nach: Marshall, Alex: *The Caucasus under Soviet Rule*. London 2010, S. 297–298.
- 13) Dudaev, Džochar: *Koncepcija nacional'no-gosudarstvennoj politiki Čečenskoj Respubliki Ičerija* [ohne Ort und Datum], S. 2. Vgl. ebenfalls seine Rede in Grosny anlässlich des 50-jährigen Gedenkens an die Opfer der Deportation am 23. Februar 1994: <http://www.youtube.com/watch?v=ZiF0k7XPJM>.
- 14) Šnirel'man (Anm. 6), S. 349–351.
- 15) Jaschurkaew, Sultan: *Auf Splitter gekratzt. Grosny 1995. Tagebuch aus Tschetschenien*. Wien 2008, S. 47.
- 16) http://www.ramzan-kadyrov.ru/press.php?releases&press_id=3524.

Jeronim Perović, Dr. phil. I, Professor für Ost-europäische Geschichte und Leiter des Center for Eastern European Studies an der Universität Zürich.